

Vfg.: 115 J. 1987 F

1.01.97 000001

Gruppenleiter 44
44 - 630 01 - En 44

2. Eder
H. Chef BK

44K11401-02

Bonn, den 14. Januar 1997
Hausruf: 2420

17.2

Können wir hierüber als bald sprechen?
Weiteres Vorgehen beim Thema Kohle/Kernenergie
T. 16.1.97 16.30 Uhr
verbleibt 30.1.97
14.1.97

1. Eintritt in die entscheidende Phase der Kohlegespräche sinnvoll, wenn hinreichend zuverlässige Trendeinschätzung der Ergebnisse von Sondierungen/Gesprächen mit SPD im Bereich Kernenergie/Entsorgung möglich.
2. Nachdem gestriges Gespräch BM Merkel/Rexrodt mit EVU's hinreichende Klarheit und positive Ergebnisse bei den Themen Entsorgung und EPR gebracht hat, ist Bundesregierung in der Lage, ihre Position für die Konsensgespräche ab-schließend zu definieren.
3. Vorschlag für Teilnehmer Bundesregierung am Kernenergiegespräch: Bundeskanzler, Chef BK, BM Merkel, BM Rexrodt und möglichst BM Waigel. Wünschenswert wäre auch Beteiligung eines Kernenergielandes (z.B. MP Stoiber).

SPD-Verhandlungsgruppe dürfte im wesentlichen aus MP's Lafontaine, Schröder sowie ~~MB~~ Scharping bestehen.

4. Spätestens vor der Aufnahme offizieller Verhandlungen müßte die Verhandlungsposition der Bundesregierung intern abgestimmt sein. Entsprechendes Non Paper könnte Gegenseite kurz vorher zur Verfügung gestellt werden. Chef BK könnte BM Rexrodt/Merkel bitten, vertraulich ein solches, mit uns abgestimmtes Non paper zu erarbeiten (Alternative: Non paper wird im BK erarbeitet und mit den beiden Ministern abgestimmt).

m.f. Barnes (Verantwortlichkeit)

5. Im Hinblick auf knappe Zeit bis Ende Februar sollten jetzt bereits Gesprächstermine für Kernenergie sowie Kohle ins Auge gefaßt werden (einschließlich Fraktionstermine und Kabinettsbefassung). Hinweis: BM Rexrodt, der großen Wert auf persönliche Teilnahme legt, ist vom 31. Januar bis 13. Februar sowie am 4./5. März auf Auslandsreise.
6. Nachstehend ein mit Bordmitteln hergestellter Entwurf einer Verhandlungslinie, der auch gestriges Gespräch mit EVU's berücksichtigt (mit Ressorts nicht abgestimmt). Dieser Entwurf entwickelt unsere in der Vorlage vom 9. Januar niedergelegten Vorschläge weiter. Er ist bewußt etwas "schärfer" gefaßt, enthält somit noch - allerdings sehr begrenzten - Spielraum zum Nachgeben.

(1.) Bestehende Kernkraftwerke

- a) SPD akzeptiert Betrieb der bestehenden Kraftwerke nach Maßgabe des Atomgesetzes als eine dem geltenden Recht entsprechende Tatsache.
- b) Im Atomgesetz wird durch Änderung klargestellt, daß Veränderungen bestehender Kraftwerke auch dann zu genehmigen sind, wenn die Sicherheitsverbesserungen nicht dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik für Neuanlagen entsprechen, Verbesserungen nach diesem Stand aber nicht möglich oder unverhältnismäßig wären.

(2.) Neubauoption

- a) SPD akzeptiert, daß zukünftiger Bau neuer Kernkraftwerke, bei denen sich die Folgen eventueller Störfälle auf die Anlage beschränken, eine vom geltenden Recht zugelassene Möglichkeit ist und Bundesregierung diese Option weiterhin erhalten will.
- b) EVU's sowie Siemens beabsichtigen, nachdem die Grundkonzeption (Basic Design) abgeschlossen ist (Mitte 1997), an Länder sowie Bundesregierung heranzutreten, mit dem Ziel, das Sicherheitskonzept einer standortunabhängigen, behördlichen Überprüfung zu unterziehen. Soweit hierzu Änderung des Atomgesetzes notwendig werden sollte, wird SPD dem zustimmen.
- c) Reaktiv ggfs. zusätzlich: "Entsprechend den Prognosen der Elektrizitätswirtschaft gehen beide Seiten aus heutiger Sicht davon aus, daß Entscheidungen über den Bau neuer Kernkraftwerke nicht vor dem Jahr 2005 anstehen."

zusammen mit der Wirtschaft

(3.) Entsorgung

a) Endlagerung:

"Bundesregierung und SPD verständigen sich darauf, daß nur ein Endlager in Betrieb zur Entsorgung nuklearer Abfälle benötigt wird. Derzeit kann allerdings weder auf den Standort 'Schacht Konrad' noch auf Gorleben verzichtet werden. Dies bedeutet, daß das gegenwärtig laufende Planfeststellungsverfahren für Konrad zur Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle abgeschlossen wird. Gleichzeitig wird die Erkundung der Eignung von Gorleben

für die Endlagerung nuklearer Abfälle (schwach-, mittel- und stark aktiv) zügig fortgesetzt. Die Erkundung wird auf den "Nordost-Abschnitt" begrenzt. Mit einer Feststellung, ob dieser Standort geeignet ist, ist bis zum Jahr 2005 zu rechnen.

Es besteht Einvernehmen, daß ein Bedarf für ein Endlager für wärmeentwickelnde Abfälle frühestens ab dem Jahr 2030 besteht. Dies gibt Zeit, sich ggfs. ergebende internationale Lösungen mit in die Überlegungen einzubeziehen.

SPD wird beabsichtiger Änderung des Atomgesetzes zustimmen, in dem die Voraussetzungen für die Enteignung im Zusammenhang mit der Entsorgung benötigter Rechte geschaffen werden.

b) Zwischenlagerung:

Neben den bereits bestehenden Zwischenlagern Ahaus und Greifswald wird auch das Zwischenlager Gorleben streitlos gestellt. Bundesregierung und SPD begrüßen, daß nord- und süddeutsche EVU's derzeit eine regionale Optimierung der Zwischenlagerung prüfen. Bei positivem Ausgang der Prüfung kann nach Auskunft der EVU's eine Lösung allerdings erst mittelfristig greifen.

Castor-Transporte - auch ins Ausland - werden streitlos gestellt. Sie sind weiterhin polizeilich angemessen zu schützen.

Sobald Bedarf besteht, wird zusätzliche Zwischenlagerkapazität auch in Süddeutschland errichtet.

Abteilung 3 hat mitgezeichnet.

ger (Kindler)